

II-4114 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 27. Juli 1978.
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 125.187/1-6/1978

1919 IAB

1978 -08- 0 1

zu 20611J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. HAFNER
und Genossen an den Bundesminister für
soziale Verwaltung betreffend größlichste
Verzögerung einer Entscheidung über die
Versicherungspflicht gemäß § 415 ASVG

Die Anfragesteller weisen darauf hin, daß das Amt
der Kärntner Landesregierung am 2.1.1975 eine
Berufung des Herrn Franz PAIL, Graz, betreffend
seine Pflichtversicherung als Ferialpraktikant
in der Zeit vom 19.7.1973 bis 25.9.1973, vorge-
legt hat, und richten in diesem Zusammenhang an
den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
folgende Fragen:

- 1) Warum wurde über die bereits am 2.1.1975 vorge-
legte Berufung des Herrn Franz PAIL noch immer
nicht entschieden?
- 2) Womit rechtfertigen Sie diese grobe Verletzung
des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes
auf Entscheidung?
- 3) Bis wann ist mit einer Entscheidung über die
Berufung zu rechnen?

- 2 -

- 4) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit derartige unzumutbare und dem SPÖ-Parteiprogramm ("Für die Gleichheit im Zugang zum Recht und bei der Durchsetzung des Rechts") widersprechende Verzögerungen nicht mehr eintreten werden?

Ich beantworte diese Anfragen wie folgt:

Zu 1) und 3):

Über die Berufung des Herrn PAIL ist mit dem Approbationsdatum vom 10.7.1978 entschieden worden. Die Zustellung der für Herrn PAIL bestimmten Bescheidausfertigung erfolgt entsprechend der Zustellverfügung in diesen Tagen durch das Amt der Kärntner Landesregierung.

Zu 2) und 4):

Ohne auf die Frage einzugehen, ob durch die Verzögerung einer Verwaltungsentscheidung ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht verletzt werden kann, muß ich feststellen, daß ich die Verzögerung der Entscheidung genauso mißbillige und bedaure wie die Antragsteller. Daß über die Berufung des Herrn PAIL erst jetzt entschieden wurde, ist einem heute im Detail nicht mehr feststellbaren Versehen zuzuschreiben.

Angesichts des erheblichen Aktenanfalles wurde um solche Versehen zu vermeiden in der mit der Rechtsprechung in Verwaltungssachen nach den Sozialversicherungsgesetzen befaßten Abteilung - sie ist derzeit mit vier A-Beamten und zwei B-Beamten besetzt -

- 3 -

seit Jahren eine monatliche Statistik geführt, um einen Überblick über Akteneingang und Erledigungsziffer zu gewinnen. Außerdem werden die Bearbeiter im Frühjahr eines jeden Jahres aufgefordert, jene Berufungen listenmäßig zu erfassen, die im Vorjahr eingelangt sind, die jedoch - aus welchen Gründen immer - innerhalb der sechsmonatigen Entscheidungsfrist nicht erledigt werden konnten. Damit wird unter Setzung entsprechender Fristen die Erledigung auch solcher Fälle sichergestellt. Wieso es dennoch zu dieser bedauerlichen Verzögerung kommen konnte, kann nur auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückgeführt werden; sie ist daher auch die einzige dieser Art, an die sich die Mitarbeiter des Hauses erinnern können. Im übrigen gibt es nach der österreichischen Rechtsordnung rechtliche Möglichkeiten - deren stärkste die Säumnisbeschwerde ist -, die Beschleunigung eines anhängigen Verfahrens zu erreichen von denen im konkreten Fall kein Gebrauch gemacht wurde. Ich werde, was auch der bisherigen Tradition des Sozialressorts entspricht, auch weiterhin dafür Sorge tragen, daß die Rechtsmittelwerber so rasch als möglich in den Besitz einer Entscheidung über ihr Begehren gelangen.

